



MUSEUMSKUNDE

FACHZEITSCHRIFT FÜR DIE MUSEUMSWELT

Die Fachzeitschrift *Museumskunde* bietet vertiefende, vielseitige Positionen zu aktuellen museumsspezifischen Themen. Die Zeitschrift wurde 1905 als Ausdruck der Zusammengehörigkeit von Museumsfachleuten gegründet und setzt sich seitdem mit relevanten Themen für das Museumswesen auseinander. Die *Museumskunde* wird seit 1917 vom Deutschen Museumsbund herausgegeben.

www.museumsbund.de

ISSN 0027-4178

MUSEUMSKUNDE

2025

FACHZEITSCHRIFT FÜR DIE MUSEUMSWELT

Museen im Kontext aktueller politischer Strömungen

BUND
MUSEUMS
DEUTSCHER
MUSEUMS
BUND

Turbulenzen der Transformation

ÜBER BRÜCHE, IRRITATIONEN UND DIE OFFENE
ZUKUNFT DEMOKRATISCHER ORDNUNGEN

Von RAJ KOLLMORGEN



ABB. 1 — Zwischen Auflösung und Neubildung entstehen Turbulenzen, die — wie auch gesellschaftliche Transformationen — vertraute Ordnungen destabilisieren und im besten Fall neue Möglichkeitsräume eröffnen. Filmstill aus Robert Seidels *Hysteresis* (2021). © VG BildKunst.

Wer über Transformationen spricht, kann deren Turbulenzen, also Brüche, Irritationen, Verwerfungen und Offenheiten nicht aussparen. Das versucht der folgende, leicht bearbeitete Vortragstext zu leisten. Der Zugang ist kein museologischer, sondern ein sozialwissenschaftlicher mit allen Begrenzungen, die das mit sich bringt, aber auch mit der Möglichkeit, vertraute Themen unter einem anderen Licht zu betrachten, sie zu problematisieren, statt zu bestätigen. Ziel ist nicht, abschließende Antworten zu geben, sondern Thesen zu formulieren, Denkbewegungen in Gang zu setzen und auch Irritationen zuzulassen. Transformation lässt sich nur begreifen, wenn das bisher Vertraute, das Selbstverständliche in Frage gestellt wird und der Wandel, in dem wir uns befinden, nicht als linearer Prozess erscheint, sondern als konfliktreiches, offenes Feld, in dem auch Museen eine Rolle spielen.



Die folgenden Überlegungen zur gegenwärtigen Transformationsperiode und deren Folgen für unsere demokratischen Ordnungen können im Rahmen dieses Beitrags — selbstverständlich — das Thema nicht angemessen ausleuchten. Ich werde also gezwungen sein, zu selektieren, zu simplifizieren, aber auch zu dramatisieren. Mehr noch, ich will im Folgenden nicht nur wiederholen, was vermutlich sowieso schon bekannt ist und im öffentlichen Raum breit zirkuliert. Mir geht es vor allem darum, das bislang (zu) wenig Thematisierte, das Problematische und Widerspenstige, nicht zuletzt: das Unbequeme und Herausfordernde anzusprechen. Kurzum, ich möchte mit meinen Thesen auch provozieren — im besten Sinne des Wortes, sie also anregen, anders wahrzunehmen, neu zu denken und zu widersprechen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

„Entscheidend ist nicht eine genaue Datierung, sondern das Grundverständnis, dass wir uns gegenwärtig in einer weltgesellschaftlichen Transformation, ja in ihrer turbulenten Phase befinden.“

1. ZUM BEGRIFF DER TRANSFORMATION UND ZUR GEGENWART DER TRANSFORMATIONSPERIODE

Zunächst zum Begriff der Transformation, genauer: der *Gesellschaftstransformation*. Es handelt sich um einen Typ sozialen Wandels, der die Grundfesten gesellschaftlicher Ordnungen ergreift und insofern holistischen wie radikalen Charakter trägt. Solche Umwälzungen können revolutionäre Perioden beinhalten, erstrecken sich aber zur Durchsetzung der neuen Strukturen, Institutionen und Kulturen in jedem Fall über Jahrzehnte.¹

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Gesellschaftstransformation. Die Nachkriegsmoderne, die unser aller Leben

geprägt hat — unabhängig davon, ob wir dreißig oder siebzig Jahre alt sind —, ist unwiderruflich an ihr Ende gelangt. Die weltgesellschaftliche Transformation, die eben jene Moderne ablöst, hat freilich nicht gestern begonnen, sondern schon vor Jahrzehnten. Risse in den alten Formen zeigten sich bereits Anfang der 1970er-Jahre, etwa in Gestalt der Weltwirtschaftskrise, dem kulturellen Wertewandel oder der neuen Demokratisierungsprozesse im globalen Süden und Osten; ein wichtiger symbolischer Wendepunkt waren die Umbrüche in Ostmitteleuropa 1989–1991. Es handelt sich also nicht um einen scharf umrissenen Einschnitt, an dem sich das Neue vom Alten trennt, es radikal überschreibt, sondern um mehrere sich historisch verdichtende Momente, an denen die Umwälzungsdynamik symbolisch greifbar wird, sich auslagert und zugleich forttreibt, aber auch reorientiert werden kann. Entscheidend ist — zumal im vorliegenden Zusammenhang — nicht eine genaue Datierung, sondern das Grundverständnis, dass wir uns gegenwärtig in einer weltgesellschaftlichen Transformation, ja in ihrer *turbulenten Phase* befinden. Die Umwälzung betrifft nicht nur die Kontexte, in denen demokratische Systeme existieren, sondern diese Systeme selbst. Demokratien und ihre Akteure sind also nicht nur Beobachter in diesen Umwälzungen, sondern gleichzeitig: *Objekte und Subjekte der Transformation*. Sie verändern und verändern sich — und der Ausgang dieses Prozesses ist offen.

Um diese Transformation etwas genauer zu fassen, empfiehlt sich eine Differenzierung ihrer Felder und Dimensionen. Ich möchte hier fünf unterscheiden: erstens die Transformation der globalen Ordnung, zweitens die sozial-ökologische Transformation, drittens die Digitalisierung, viertens die kulturelle Umwälzung und fünftens die Transformation der Demokratie. Um sofort jedes Missverständnis zu vermeiden: Diese fünf Felder und Dimensionen lassen sich nur analytisch nacheinander behandeln. Realiter haben wir es mit einer facettenreichen, dimensional interdependenten und die spezifischen Logiken dieser Felder miteinander verknüpfenden, ja verschlingenden Transformationsdynamik zu tun.

2. DIE TRANSFORMATION DER GLOBALEN ORDNUNG

Obwohl diese Transformation nicht das Kernthema bildet, muss sie hier abgehandelt werden, zumal sie die Arbeit von Museen in beachtlicher Weise berührt.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich die geopolitische Ordnung bereits tiefgreifend gewandelt und

wandelt sich höchst dynamisch weiter. Sie reicht von den imperialistischen Aggressionen Russlands gegenüber der Ukraine über die veränderten weltpolitischen Orientierungen der Vereinigten Staaten, die unter Trump ihre Rolle in der Weltordnung neu definieren, bis zur wachsenden Bedeutung Chinas und der BRICS-Staaten insgesamt. Die geopolitischen und militärischen Machtzentren verschieben sich, bisherige Ordnungsmuster lösen sich auf, neue entstehen. Die Hegemonie des klassischen Westens — also der USA, der westlichen EU-Staaten, der NATO — erodiert, China und Russland widersetzen sich, entwerfen gegenhegemoniale Strategien und schmieden eigene imperial orientierte Bündnisse, Brasilien oder Indien gehen eigene Wege. Diese Veränderungen sind nicht abstrakt, sondern konkret und: folgenreich. Die neuen Kriege und militärischen Drohungen eskalieren; sie schlagen sich nicht allein in der weiteren Beförderung, ja Verursachung von globalen Migrationsbewegungen, sondern auch in erheblich steigenden militärischen Staatsausgaben nieder und verändern die Spielräume wie Logiken der Ressourcenverteilung insgesamt. Die jüngsten Debatten und Beschlüsse in Deutschland und der EU zu zukünftigen Verteidigungsausgaben und zum Gesamtetat demonstrieren, dass Mittel für andere Bereiche — etwa für Kultur — deutlich beschnitten werden (könnten). Ähnliche Umwälzungen zeigen sich in der Weltwirtschaft. Auch hier haben sich die Gewichte verschoben, wie in der Automobilindustrie oder im gesamten digitalen Sektor unschwer erkennbar ist. Deutsche Konzerne — soweit dieser Begriff in einer globalisierten Wirtschaftswelt überhaupt noch trägt — spielen darin nur eine begrenzte Rolle. Die Kräfte, die im 19. und 20. Jahrhundert die industrielle Moderne bestimmt haben — Produktivität, Wachstumspotenzial, Marktmacht — sind nicht verschwunden, aber ihre Realisierungsfelder, ihre Entstehung und Verteilung folgen heute anderen Mustern. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Marktmacht stets auch mit Exploitation verbunden war und ist — vor allem gegenüber dem sogenannten globalen Süden (von Brasilien über Südafrika bis China) und nicht nur von Rohstoffen und Naturräumen (einschließlich der Aufnahme unseres Abfalls), sondern ebenso von Arbeitskräften. Über Jahrzehnte hinweg haben uns, also dem Westen und nicht zuletzt der Bundesrepublik, Extraprofite und damit Verteilungsspielräume zur Verfügung gestanden, die nun systematisch wegbrechen. Die Konkurrenzsituation ist heute eine völlig andere, mit Mitbewerbern vor allem aus Ost-

asien, aber auch aus Lateinamerika oder Ostmitteleuropa. Wir befinden uns in einer dramatisch veränderten weltwirtschaftlichen und weltgesellschaftlichen Lage, und die damit einhergehenden neuen Rahmenbedingungen reduzieren — prinzipiell und substanziell — die Möglichkeiten, materiellen Massenwohlstand zu generieren, zu sichern und damit zugleich unsere Wohlfahrtsdemokratie zu finanzieren. Parallel stellt uns diese globale Transformation vor Aufgaben, die wir bislang vielleicht nicht übersahen, aber doch umschiffen konnten. Die „Friedensdividende“, aber auch die (stark neoliberal ausgerichtete) „Freihandelsdividende“ nach 1995 stehen dafür exemplarisch. Diese Phase (im weiteren Sinne) geringer Kosten bei sicheren globalen Handlungsbedingungen und besten Gewinnchancen, auch zu Lasten Dritter, ist vorbei.

3. DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Die sozial-ökologische Transformation repräsentiert einen zentralen Aspekt der gegenwärtigen Umwälzung. Im Vordergrund des Diskurses steht heute im Regelfall der Klimawandel, doch ebenso gravierend sind die langfristige Vergiftung der Umwelt durch Schwermetalle, Kunststoffe und Feinstaub sowie der dramatische Verlust an Biodiversität. Die Gewichtung dieser Gefahren mag umstritten sein; unstrittig ist jedoch, dass seit rund *vier Dekaden* im Westen eine aktive Umweltbewegung und eine Umweltpolitik existieren — bis hin zur Verankerung ökologischer Verantwortung im Grundgesetz.

„Wir sind weltweit von einer ganzheitlichen und radikalen Transformationspraxis meilenweit entfernt. Warum?“

Gleichzeitig ist unübersehbar, dass eine wirkliche Umkehr global, aber auch in Deutschland bislang bestenfalls vorbereitet wurde. Damit behaupte ich nicht, dass es nicht beachtliche Normierungsveränderungen und sogar einzelne politische Gestaltungserfolge gab (Stichwort FCKW-Verbot oder Pariser Klimaabkommen). Aber schon der Blick auf die Inbetriebnahme etlicher weiterer

Kohlekraftwerke in China (allein im ersten Halbjahr 2025 mit einer Leistung von circa 21 Gigawatt), der Hinweis auf die Verdopplung des globalen Kunststoffverbrauchs in den letzten zwei Jahrzehnten oder die weitere Versiegelung, ja Betonierung von Flächen in Deutschland (absolut um circa 83 km² pro Jahr) plausibilisiert, dass wir weltweit von einer ganzheitlichen und radikalen Transformationspraxis meilenweit entfernt sind. Warum?

Die Gründe liegen eigentlich auf der Hand. Zum einen sind die aufstrebenden neuen Mächte, von denen oben die Rede war, nicht bereit, auf Wachstum zu verzichten, um den Westen zu entlasten. Im Gegenteil, China etwa setzt massiv auf Wachstum, um durch materiellen Massenwohlstand die eigene Herrschaftsform und soziale Integration zu stabilisieren, aber auch um das Ziel einer globalen Supermacht auf Augenhöhe mit den USA rasch zu erreichen; kaum anders Indien oder Brasilien. Zum anderen fehlt es bis heute an einer wirksamen globalen Governance. Die bisherigen Normen und Sanktionsmechanismen sind schwach und werden es absehbar bleiben, weil alles andere die Beschneidung nationalstaatlicher Souveränität bedeutete — die niemand will, auch nicht der demokratische Westen.

„Zugleich sind wir alle in Lebensweisen und Habitus verstrickt, die tief in der industriell geprägten Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts verankert sind.“

Aber mehr noch, der Kapitalismus als Reproduktionsweise, seine Wachstumsimperative und die damit verbundenen Regulationsorientierungen dominieren nach wie vor unsere Gesellschaften und politischen Systemlogiken. Zugleich sind wir alle in Lebensweisen und Habitus verstrickt, die tief in der industriell geprägten Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts verankert sind. Deshalb fällt der Übergang zu sozial-ökologischen und nachhal-

tigen Lebensweisen so schwer. Die auf materiellen Konsum und Produktivismus orientierte Moderne ist uns — individuell wie kollektiv — zur zweiten Natur geworden. Nun aber läuft uns die Zeit davon, jedenfalls dann, wenn wir die ökologischen Lebensbedingungen auch nur grob so erhalten wollen, wie sie uns in den letzten fast 10.000 Jahren eben jene Zivilisation ermöglicht haben, die wir täglich praktizieren. Aber die Belastungen und damit die sozial-ökologischen Risiken wachsen. Die Transformation müsste beschleunigt vorangetrieben werden. Erforderlich wären einerseits enorme konzentrierte Ressourcenmobilisierungen — intellektuelle, technologische und organisatorische; andererseits die soziale Verständigung über sowie staatliche Durchsetzung von Systemumbau sowie Produktions- und Konsumverzicht dort, wo die sozial-ökologischen Zielmarken (gegenwärtig) anders nicht erreicht werden können. Das ist offenkundig hochgradig unwahrscheinlich.

Zudem stehen die beiden bislang genannten Transformationsdimensionen, die geopolitisch-ökonomische und die sozial-ökologische, in einem fundamentalen Spannungsverhältnis. Die aktuelle Debatte macht es deutlich. Angesichts von Aggressionskriegen in Europa, geopolitischer Konkurrenz und materiellen Wohlstandssorgen tritt das Thema *Ökologie* in den Hintergrund, ohne dass uns dessen Eskalationen und Herausforderungen verließen. In eben dieser Zangenbewegung befinden wir uns, die ihrerseits hochgradig politisierend und polarisierend wirkt und wirken muss.

4. DIE DIGITALE TRANSFORMATION

In den letzten zehn Jahren hat sich die digitale Transformation — wer registrierte das nicht — erheblich beschleunigt. Sie eröffnet Chancen für ökologische orientierte Einsparungen und Effizienzgewinne ebenso wie für neue Formen demokratischer Beteiligung und kultureller Aneignung. Aber Digitalisierung bleibt ambivalent. Das betrifft die ökologisch belastenden Herstellungsprozesse der Trägertechnologie und den enormen Energieverbrauch, aber auch die politischen, kommunikativen und kulturellen Aspekte. Ohne das hier näher ausführen zu können, ist evident, dass sie die Formen von Kommunikation, Konsum, Unterhaltung, aber auch Kunst und Bildung grundlegend verändert. Weltweit erfahren das nicht zuletzt Museen praktisch täglich: Dabei geht es nicht nur um das Problem der physischen Präsenz und die veränderten Aufwendungen zur Mobilisierung potenzieller

Besucher*innen sowie für materielle, etwa haptisch vermittelte Kulturaneignungen oder um die Erwartungshaltungen multimedial übersättigter Generationen und Milieus, die gegebene museale Attrahierungsmodelle geradezu implodieren lassen. Vielmehr erscheinen in diesem Kontext auch die Dynamiken kommunikativer Selbstverstärkung in den neuen sozialen Medien von großer Relevanz. Die sogenannten „Filterblasen“ oder „Echokammern“ haben plurale und widerständige Kommunikationspraktiken (zum Beispiel in Schulen, Fabrikhallen oder körperpräsenten Kulturveranstaltungen) marginalisiert und wirken als Katalysatoren von Lagerdenken, Ideologisierung und Polarisierung.

5. DIE KULTURELLE TRANSFORMATION

Auch wenn die kulturelle Transformation bereits mehrfach angesprochen wurde, müssen hier noch einmal ihre spezifische Logik und die wichtigsten Verschlingungsphänomene mit anderen Feldern und Dimensionen herausgestellt werden.

„ Die fortgesetzte sozialstrukturelle Differenzierung unterstützt und bedeutet die Herausbildung neuer, sich wandelnder sozialer Milieus mit eigensinnigen Orientierungen und Lebensstilen. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die bunter, vielfältiger, damit auch sozial-kommunikativ anspruchsvoller geworden ist. „

Ein erster Transformationsaspekt besteht in der weiteren und zugleich qualitativ neuartigen *kulturellen Pluralisierung*. Die fortgesetzte sozialstrukturelle Differenzierung unterstützt und bedeutet die Herausbildung neuer, sich wandelnder sozialer Milieus mit eigensinnigen Orientierungen und Lebensstilen. Gravierender und zugleich damit verschränkt ist die aus den massiven Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte und vor allem zehn Jahre resul-

tierende Pluralisierung. Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die bunter, vielfältiger, damit auch sozial-kommunikativ anspruchsvoller geworden ist. Für viele und gerade urbane, oft auch jugendliche Milieus verkörpert diese Transformation eine gewollte Bereicherung — multiple Ethnien, Sprachen, Lebensführungen, Alltagsästhetiken und politische Kulturen werden als spannend und Gegenmittel zu allen völkischen und nationalistischen Gefahren betrachtet. Für andere Bevölkerungsgruppen und Milieus jedoch, die sich eher in der unteren Hälfte der Ungleichheitsvertikale und in ländlich-peripheren Regionen bewegen, bedeutet der neue Pluralisierungsschub Befremdungserfahrungen bis hin zur Entfremdung gegenüber der gesellschaftlichen Ordnung und deren elitären Gestaltern.

Ein zweiter Aspekt betrifft das Verhältnis von Kultur und *Kapitalismus*. Zuspitzend könnte von einem veränderten kulturellen Kapitalismus gesprochen werden, der in den letzten zwanzig Jahren — im Kontext von Globalisierung (siehe Punkt 2.) und Digitalisierung (siehe Punkt 4.) dramatisch Fahrt aufgenommen und an Einfluss gewonnen hat. Nur exemplarisch ist auf Formen eines neuartigen „Kunst-Finanzmarktkapitalismus“, auf die neue „celebrity (capitalist) culture“ oder durch Influencer fundierte Peer-Gruppen-Bildungen, aber auch auf damit verbundene neue kulturelle Kapitalakkumulationen (das heißt die Aufhäufung verwertungsfähiger Wissensbestände und Kulturtechniken), Muster distinktiven Konsums und neoliberal orientierte Kulturpolitiken hinzuweisen. All das verändert, wie Kultur produziert, vermittelt und rezipiert wird — und wie sie damit handlungspraktische Bedeutung erlangt. Schließlich muss auf das die Kultur transformierende Leitmotiv der *Selbstverwirklichung* aufmerksam gemacht werden. Kultur ist heute fast in allen Schichten und Milieus von Emanzipationsgedanken und individueller Autonomieorientierung geprägt. Dieses kulturelle Bedürfnis individueller Selbstentdeckung, -entfaltung und -repräsentation unterminiert aber typischerweise die Orientierung an und Fähigkeiten zu gemeinschaftlichen Bindungen und Praktiken. Selbst in den Mittel- und Oberschichten, die lange Zeit die wichtigsten Träger kultureller Öffentlichkeit sowie bürgerschaftlicher Korporationen waren, schwindet die Bereitschaft, „mit anderen“ statt nur „in sich selbst“ kulturelle Erfahrungen zu verankern und kollektive Ziele zu verfolgen. Kurzum, die Individualisierung hat neue Facetten hervorgebracht, die Andreas Reckwitz unlängst und prägnant als „Gesellschaft der Singularitäten“² beschrieben hat.

6. TRANSFORMATIONEN DER DEMOKRATIE

Der letzte Aspekt behandelt nicht nur ein abschließendes Transformationsfeld, sondern bündelt mit Blick auf die gesellschaftspolitischen Fragen das bisher Vorgestellte.

In einem ersten Schritt soll — gerade weil wir in der Öffentlichkeit, aber auch im Kontext von Arbeit und Freundeskreis oft und unbekümmert von ihr reden — das Phänomen und der Begriff von Demokratie kurz aufgeklärt werden:

1. *Demokratie ist nicht selbstverständlich*

Entgegen dem schönen Schein, mit dem viele von uns groß geworden sind, ist Demokratie keineswegs eine gleichsam natürliche und in sich selbst ruhende politische Ordnung. Historisch betrachtet und auch mit Blick auf die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Demokratie als Institutionenordnung funktioniert, ist sie eher die Ausnahme beziehungsweise unwahrscheinlich. In den frühen 1990er-Jahren herrschte vielfach die Überzeugung, Demokratie sei nun — nach dem Ende des Staatssozialismus — alternativlos und die einzige politische Ordnung, die sich selbst konsolidiere. Heute sehen wir, dass beides keineswegs der Fall ist. Im Gegenteil, wir erleben ihre Vulnerabilität.

2. *Demokratie ist ein notorisch vages und umstrittenes Konzept*

Es wäre naiv zu glauben, alle sprächen über das Gleiche, wenn sie das Wort *Demokratie* benutzen. Es gibt ex- oder inklusive Mehrheitsdemokratien, republikanisch oder rechtsstaatlich eingehegte Systeme, repräsentative und direktdemokratische Formen, zentralistische oder dezentrale, zum Beispiel föderal verfasste Systeme — und unzählige Mischtypen. Demokratie ist also variantenreich, wandelbar und immer Gegenstand sozialer Kämpfe. Eine „wahre“ oder „eigentliche“ Demokratie gibt es nicht — weder hinsichtlich ihrer inhaltlichen Grundorientierungen noch strukturell und prozedural. Wir bestimmen sie, wir gestalten sie — und die Wege, auf denen dies geschieht, sind ebenso offen wie umstritten.³

3. *Funktionierende Demokratien verändern die Gesellschaft und sich selbst*

Nicht nur weltgeschichtlich hat sich Demokratie als (politische) Herrschaftsform offenkundig gewandelt und immer wieder neue Formen und Varianten erfunden. Demokratien verändern infolge ihrer Funktionsweisen und Gestaltungsansprüche auch ihre Gesellschaften nach-

haltig, was wiederum längerfristig die politischen Institutionenordnungen herausfordert und Veränderungsdruck, aber auch -chancen für die demokratische Ordnung selbst bedeutet. Gerade moderne Demokratien bewegen sich also in einem wandlungsintensiven Raum, so dass die Vorstellung, sie selbst könnten längerfristig so bleiben, wie sie sind, nicht nur den historischen Erfahrungen, sondern auch ihren Zwecksetzungen, Funktions- und Verfahrenslogiken widerspricht. Um das aber noch einmal zu betonen: Ich spreche hier von der prinzipiellen Potenzialität einer Institutionenordnung, keineswegs aber von einer verbürgten Offenheit, einer Erfolgsgarantie oder einer evidenten Transformationsrichtung. Auch hier kann noch einmal auf reichhaltige historische Erfahrungen (von den Französischen Republiken bis zur Weimarer Republik) oder gegenwärtige Entwicklungen (Ungarn unter Viktor Orbán oder die USA unter Donald Trump) verwiesen werden.

„ Gerade moderne Demokratien bewegen sich in einem wandlungsintensiven Raum, so dass die Vorstellung, sie selbst könnten längerfristig so bleiben, wie sie sind, nicht nur den historischen Erfahrungen, sondern auch ihren Zwecksetzungen, Funktions- und Verfahrenslogiken widerspricht. „

Was folgt aus diesen Reflexionen für die gegenwärtige Transformationsperiode und die Herausforderungen demokratischer Ordnungen und Politik? Ich möchte zunächst in vier Punkten die veränderten (welt-)gesellschaftlichen Kontexte (siehe 2. bis 5.) problematisieren, sodann zwei exemplarische eigenlogische Folgen dynamiken vorstellen.

(1) Die europäischen Demokratien der *EU-Staaten* befinden sich in einer Art Schraubstock, denn einerseits beruhen die politischen Ordnungen nach wie vor auf dem Souveränitätskonzept der Nationalstaatsgesellschaft, andererseits

existiert mit der Europäischen Union ein supranationales Institutionengefüge, das nur unter Aufgabe dieser Souveränität funktionieren kann — was freilich sowohl wirtschaftlich-soziale wie politisch-kulturell voraussetzungsvoll ist (unter anderem hinsichtlich ähnlicher ökonomischer Entwicklungsniveaus oder Solidaritätsvorstellungen). Diese Voraussetzungen sind bestenfalls in Ansätzen erfüllt, so dass ein kollektives Handeln der EU sachlich und zeitlich nur (deutlich) eingeschränkt möglich und Realität ist. Es spricht wenig dafür, dass sich diese Verfasstheit in den kommenden Jahrzehnten grundlegend ändern wird. Generell bleibt absehbar der Widerspruch zwischen einer national-staatlich verankerten Demokratie und den transnationalen, vielfach globalen Herausforderungen (siehe 2., 3.) bestehen, mithin eine globale Koordination kollektiven Handelns prekär, vielfach sogar illusionär.

(2) Ein weiterer Punkt betrifft die *positive Verkopplung von Wachstum, Wohlstand und Demokratie*. Die Nachkriegs-demokratien des Westens beruhten auf der Erfahrung, dass ökonomisches Wachstum Finanzierungs- und Verteilungsspielräume öffnet, mit denen (sich steigende) Massenwohlstandsbedürfnisse befriedigt, neue soziale Teilhabechancen (zum Beispiel über Bildung) finanziert, prinzipielle Konfliktherde (wie zwischen Kapital und Arbeit) entschärft und damit insgesamt die Legitimität demokratischer Systeme garantiert werden können. Wie oben skizziert, ist dieser Zusammenhang wegen der neuen globalen Wettbewerbslagen (siehe 2.), aber auch infolge endogener Wachstumsschwächen keine Selbstverständlichkeit mehr, ja er erscheint mindestens mittelfristig in Frage gestellt, wenn nicht dauerhaft aufgebrochen. Was bedeutet es aber für unsere demokratische Ordnung, wenn ökonomische Zuwächse ausbleiben, Verteilungsspielräume schwinden oder gar systematisch Schrumpfung und also materielle Wohlstandsverluste drohen, sei es durch die globale Konkurrenz oder durch die Anforderungen der sozial-ökologischen Transformation? Wie legitim, also erstrebenswert und normativ selbstverständlich, ist eine demokratische Ordnung (noch) unter diesen Vorzeichen, da das Wachstumsparadigma unseren Gesellschaften institutionell und kulturell tief eingeschrieben ist? Anders gefragt, wer will noch eine demokratische Ordnung, wenn diese kein Wachstum mehr generiert und andere Herrschaftsordnungen umgekehrt für Wachstum sorgen?

(3) Zur *Digitalisierung* muss hier die Aussage genügen, dass jedenfalls bisher die neuen technologischen Mit-

„ Was bedeutet es für unsere demokratische Ordnung, wenn ökonomische Zuwächse ausbleiben, Verteilungsspielräume schwinden oder gar systematisch Schrumpfung und also materielle Wohlstandsverluste drohen, sei es durch die globale Konkurrenz oder durch die Anforderungen der sozial-ökologischen Transformation? „

gestaltungs-, aber auch Datenverarbeitungsmöglichkeiten die demokratische Verfahrensqualität weitaus weniger positiv beeinflusst haben, als sie die Chancen und Realitäten hat explodieren lassen, sich in digitalen Social-Media-Gruppen und auf geschlossenen Plattformen abzukapseln und in der eigenen Blase zu radikalisieren. Rein quantitativ ist mit der Digitalisierung die Partizipation gewachsen; ihre demokratische Qualität, im Sinne von Offenheit und des produktiven Austausches gerade ungleicher Positionen und deren Vermittlung(sbemühung), hat aber abgenommen.

(4) Schließlich ist noch einmal die *individuelle Autonomieorientierung* anzusprechen, die wesentliche Funktionslogiken zu unterminieren beginnt: Wenn es zwar eine große individuelle Partizipations- und bürgerschaftliche Engagementbereitschaft gibt, aber zugleich politische Parteien und Verbände keine Mitglieder mehr haben, die sich langfristig binden und — das ist zentral — sich auf *kollektive* Organisationsziele verpflichten lassen, lösen sich wesentliche Mechanismen der Interessenformierung und -vermittlung auf. Ein empirischer Befund soll das Problem andeuten. Während die Sozialdemokratie in ihren Hochzeiten mehr als eine Million Mitglieder besaß, sind es heute (2024) knapp 380.000 — trotz des deutlichen Bevölkerungswachstums seit der deutschen Einheit (1990).

(5) Neben den veränderten Kontexten geraten Demokratien auch durch ihre eigenen Systemlogiken unter Druck. Sie produzieren in gewisser Weise ihre eigenen Probleme

mit, auch solche, die tendenziell die Funktionsweise des Systems in Frage stellen (können). Ein wichtiger Mechanismus ist die von Niklas Luhmann bereits vor Jahrzehnten formulierte wohlfahrtsstaatliche Anspruchsinflation.⁴ Unter demokratisch-wohlfahrtsgesellschaftlichen Bedingungen steigen die Erwartungen aller Gruppen und Individuen an Verteilungsgerechtigkeit und soziale Anerkennung kontinuierlich. Sie verharren nicht auf dem jeweils erreichten Niveau, sondern wachsen mit jeder Einlösung weiter: Je stärker Gerechtigkeit betont und realisiert wird, desto mehr reklamieren (auch neue) Gruppen Gerechtigkeitslücken; und jede Schließung erzeugt neue, nicht zuletzt ökonomische (oder ökonomisch voraussetzungs-volle) Ansprüche. Es handelt sich um eine Logik der permanenten Ausweitung, die prinzipiell unabgeschlossen ist. Diese Anspruchsdynamik bleibt so lange systemisch beherrschbar, solange die beschriebenen Verteilungsspielräume selber wachsen. Sobald die ökonomischen Spielräume jedoch stagnieren oder sich gar verengen, kehrt sich die Logik um und Gruppen fragen, warum gerade sie wahrgenommene Benachteiligungen weiterhin ertragen sollten und nicht die gleiche (materielle) Zuwendung erfahren wie andere (vorher bedachte Gruppen). Das führt zu Erwartungsenttäuschungen, Legitimitätseinbußen, Exklusionsstrategien (gegenüber schwächeren Gruppen) oder sogar Abwendung vom demokratischen System.

„Tatsächlich steigert mehr Beteiligung keineswegs und schon gar nicht automatisch die Qualität demokratischer Prozesse; sie kann nicht nur deren Qualität, sondern auch deren Effektivität mindern.“

(6) Schließlich ist auf die vergleichbare Erwartungsspirale hinsichtlich demokratischer Beteiligung aufmerksam zu machen, die neben der Anspruchsdynamik auf der Annahme gründet, Demokratie funktioniere umso besser, je breiter und stärker die Partizipation ist. Tatsächlich steigert mehr Beteiligung keineswegs und schon gar nicht automatisch die Qualität demokratischer Prozesse; sie kann nicht nur deren Qualität, sondern auch deren Effek-

tivität mindern. Wir alle kennen die Logik, dass je mehr Personen mit annähernd gleichen Rechten und Machtpotenzialen an einer Entscheidungsfindung mitwirken, desto größer die Wahrscheinlichkeit eines Ergebnisses des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ wird. Politische Partizipation bleibt unverzichtbar, doch ihre Ausweitung ist nicht folgenlos. Sie kann Kosten erzeugen, die in manchen Fällen so hoch sind, dass sie genau das unterminieren, was durch mehr Beteiligung eigentlich erreicht werden soll — eine bessere Funktionalität und Legitimität der Demokratie als Gesamtsystem.

Mir erscheint es hochgradig relevant, dass wir diese neu oder verstärkt in den Transformationen aufbrechenden Ambivalenzen und Widersprüche in Demokratien, die Veränderungsdynamiken des Politischen in den und durch die neuen Transformationen ernst nehmen und unsere demokratischen Ordnungen als Moment wie Mitgestalter der Gesellschaftstransformation begreifen.

WAS FOLGT DARAUS FÜR DAS VERSTÄNDNIS DES RECHTSPOPULISMUS?

Für den Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland und weltweit heißt das zunächst und vor allem, auch ihn als Moment der weltgesellschaftlichen Transformation(speriode) zu begreifen. Um noch einmal zu dramatisieren: Die Globalität der Umwälzung bedingt die Globalität des Rechtspopulismus und Autoritarismus; die Radikalität der Transformation fundiert die Radikalität politischer Positionen und damit die Polarisierung der Konflikte.⁵

Was bedeutet diese Polarisierung konkreter? Erneut vergrößernd, dass wir auf der einen Seite der Konstellation Bevölkerungs- und soziopolitische Gruppen vorfinden, die an den Routinen und Praktiken der Nachkriegsmoderne festhalten (wollen) — an Industriegesellschaft, Wachstum, am nationalen oder regionalen Zusammenhalt durch Ähnlichkeit, am materiellen Konsum als Lebenssinn und stabilisierender Faktor, an Konservatismus und tradierten, heimatorientierten Lebensführungen. Diesen gegenüber agiert die viel diskutierte „kosmopolitische Klasse“ — von links-liberal über grün bis sozialistisch verortet —, die einer schier diametralen Programmatik und Kultur folgt: Universalismus, Weltbürgertum und kulturelle Vielfalt, Nachhaltigkeit der Lebensweisen, individuelle Autonomie und Partizipation markieren hier zentrale Orientierungspunkte. Zwischen diesen Polen spannt sich ein tiefes Konfliktfeld auf, das

die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Demokratie in den kommenden Jahren weiter prägen wird.

Dabei formuliert die erste Gruppe nicht nur ein Unbehagen, sondern eine Fundamentalkritik an der teils impliziten, oft aber auch expliziten Überzeugung der zweiten Gruppe, dass die kosmopolitische Kultur und Programmatik die selbstverständliche, gleichsam geschichtsphilosophisch verbürgte Richtung der Entwicklung darstellt und dass eben deshalb ein wesentliches Politikziel darin bestünde, diese Orientierungen, Wege und Lebensweisen in der Gesellschaft zu verbreiten, zu fördern und als Fixpunkte des demokratischen Prozesses durchzusetzen und institutionell zu verankern.

Die erstgenannte Bevölkerungsgruppe, die in den west- und mitteleuropäischen Gesellschaften zwischen 30 Prozent und etwa 60 Prozent der erwachsenen Wahlbevölkerung umfasst, lehnt genau das ab, hatte aber in den letzten Jahren das Problem, dass der tradierte politische Konservatismus, namentlich die klassischen demokratischen Parteien der Rechten aus mehreren Gründen als Repräsentanten und Kämpfer für ihre Positionen kaum noch in Frage kamen. Es handelte sich in bestimmter Hinsicht um eine parteipolitische Repräsentationslücke, die im Übrigen in der Bundesrepublik weitaus länger bestand als in anderen europäischen Ländern (wie etwa Österreich oder Frankreich).

Mit der Gründung und dann programmatischen wie personellen Häutung der AfD ab 2015 wurde diese Lücke weitgehend geschlossen. Diese Partei bietet einem erheblichen Teil eher älterer oder deutlich jüngerer, männlicher, wenig bis gut gebildeter und vor allem in peripheren, ländlich oder altindustriell geprägten Regionen lebenden Angehörigen der Unter- und Mittelschichten mit rechtskonservativen bis autoritär-rechtspopulistischen Orientierungen eine politische Heimat und Vertretung im demokratischen Prozess. Und wie immer man zu deren Programmatik, Politikstil und Personal stehen mag: Diese durchaus heterogene Bevölkerungsgruppe existiert, und sie hat — soweit sie den Boden einer demokratischen Grundkultur nicht verlässt (also Bekenntnis zu und Praxis einer gewaltfreien und den Anderen als politisch Gleichen anerkennenden Kommunikation) — Anspruch auf (partei-)politische Repräsentation und Interessenvertretung — denn genau *das* ist der Sinn einer demokratischen Ordnung.

Das lässt sich auch anders formulieren: Weder ein rechtliches Verbotsverfahren (das ich im Übrigen für die AfD

nicht nur für möglich halte, sondern mit Blick auf die Frage der Verfassungsfeindlichkeit sogar als geboten begreife), das Bestreiten der Legitimität ihrer politischen Ideen noch Praktiken der Partizipations- und Diskurs-einschränkung werden an der Existenz dieser Bevölkerungsgruppen und deren grundsätzlichen kulturellen oder habituellen Verfasstheiten, also Problemwahrnehmungen, Wert- und Handlungsorientierungen, sowie dem Vorliegen einer Transformationsperiode (der sich der Aufstieg des Rechtspopulismus maßgeblich verdankt) substantiell etwas ändern.

„Daraus aber den Schluss zu ziehen, Ostdeutsche seien grundsätzlich „weniger demokratisch“, wäre ebenso falsch wie die Annahme, die Demokratie könne in den nächsten fünfzig Jahren unverändert fortbestehen.“

Es bleibt dabei: Nur im Wissen um diese komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge können wir uns angemessen mit den Herausforderungen auseinandersetzen. Das gilt auch für das Thema *Ostdeutschland und Rechtspopulismus*. Dass dieser hier im Mittel doppelt so stark und zudem vielfach radikaler ist als im Westen, hat — selbstverständlich — mit der DDR-Vergangenheit zu tun, mit der Erfahrung von Revolution, Transformation und Vereinigung sowie deren Niederschlägen bis tief in die eigenen Biografien hinein. Daraus aber den Schluss zu ziehen, Ostdeutsche seien grundsätzlich „weniger demokratisch“, wäre ebenso falsch wie die Annahme, die Demokratie könne in den nächsten fünfzig Jahren unverändert fortbestehen. Die ostdeutschen Erfahrungen haben andere Kulturen, politische Orientierungen und Begriffsweisen — auch der Demokratie — hervorgebracht. Das ist kein Defizit und sollte auch nicht als ein solches verstanden werden; es ist vielmehr die Konsequenz eines anderen sozialen Erfahrungsraumes. Soziologisch gesprochen, wäre es absurd, wenn Demokratie in Thüringen oder Sachsen genauso verstanden und praktiziert würde wie in Baden-Württemberg oder Hessen. Auch diesbe-

züglich gilt: Nur in der Öffnung des Kommunikationsraums und mit dem Willen, einen Perspektivwechsel vorzunehmen, also die Erfahrungen, Sichtweisen und Überzeugungen der je Anderen zuzulassen und ernst zu nehmen — idealiter so ernst wie die eigene Position —, und dann um angemessene Lösungsideen, Kompromisse und Mehrheiten zu ringen, kann eine (deliberative) Demokratiepraxis gelingen.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Was kann daraus für die Arbeit von Museen folgen? Zunächst auch hier die Aufforderung, sich der Transformation zu stellen, sie anzunehmen. Die Rahmenbedingungen ihres Handelns werden sich in den kommenden Jahren deutlich verschieben. Öffentliche Mittel werden verknappt, das Publikum verändert seine kulturellen Praktiken und (auch politischen) Erwartungen — und diese Veränderungen sind irreversibel.

Die Transformation bedeutet aber auch neue Chancen und womöglich neue Aufgaben für Museen, nämlich verstärkt kulturelle Brücken zu schlagen zwischen Milieus und Lagern, Räume für Kommunikation zu öffnen und Perspektivenvielfalt bewusst herzustellen und auszuloten. Museen können — vielleicht mehr als jede andere Institution — Erfahrungsräume schaffen, in denen ein virtuelles oder reales Gespräch, eine Verständigung, ein wechselseitiges Lernen zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen möglich ist, ja generiert oder gefördert wird. Das setzt voraus, blinde Flecke im eigenen Denken wahrzunehmen, Gewissheiten zu hinterfragen und eigene Grenzen (auch der Vorstellungen musealer Praxis) zu überschreiten. Das betrifft auch die Frage, wie eine Gesellschaft und museale Kultur denkbar sind, die sich nicht länger auf die Logik unbegrenzten Wachstums berufen und stützen können. Auch darin scheint mir eine der großen und zugleich spannenden Herausforderungen der kommenden Jahre zu liegen.

Die Gesellschaftstransformation wird uns in den nächsten Jahren ein wesentliches Realitätsmoment sein — die Museen sind aufgefordert, diese Realität mit zu gestalten.

Anmerkungen

- 1 Ausführlicher zum Begriff und zur Theorie von Gesellschaftstransformation: Raj **Kollmorgen**, „Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp. Eine komparative Analyse“, in: *soFid „Politische Soziologie“*, 2006/1, S. 10–30; Judith **Enders**, Raj **Kollmorgen** und Ilko-Sascha **Kowalczyk**, „Revolution, Vereinigung, Transformation — Wege ihrer Erforschung und Reflexion“, in: Judith **Enders**, Raj **Kollmorgen** und Ilko-Sascha **Kowalczyk** (Hrsg.), *Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Vereinigung und Transformation*, Frankfurt am Main und New York 2021, S. 15–76.
- 2 Vgl. Andreas **Reckwitz**, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017.
- 3 Um eine Basisdefinition von Demokratie nicht zu verweigern; für mich ist Demokratie im Kern ein (politisches) Verfahren: Sich als grundsätzlich Gleiche verstehende politische Subjekte kommunizieren offen, streiten und entscheiden friedlich über ihre gemeinsamen Angelegenheiten und ggf. über besondere Machtgewährungen (an Einzelne oder Gruppen) auf Zeit. Es ist erkennbar, dass auch in dieser Definition viele Variablen enthalten sind — wer sind die Subjekte? Was sind gemeinsame Angelegenheiten? Was heißt Machtgewährung auf Zeit genauer et cetera? Als weitere Lektüreempfehlung: Philip **Manow**, *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*, Berlin 2020; Adam **Przeworski**, *Krisen der Demokratie*, Berlin 2020.
- 4 Vgl. Niklas **Luhmann**, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München 1981.
- 5 Ausführlicher zum Rechtspopulismus generell und in Ostdeutschland: Johannes **Schütz**, Steven **Schäller** und Raj **Kollmorgen** (Hrsg.), *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten (= Schriften des Deutschen Hygiene-Museums 14)*, Köln 2021; sowie Raj **Kollmorgen**, „Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 49–50/2022, S. 33–38.

Prof. Dr. Raj Kollmorgen
Hochschule Zittau/Görlitz
Fakultät Sozialwissenschaften
Furtstraße 2, 02826 Görlitz
r.kollmorgen@hszg.de